

Rainer Beha

**Die "Einführung" sowie die
Themenorientierten Projekte "Soziales
Engagement" und "Wirtschaften, Verwalten
und Recht" im neuen Bildungsplan für
Realschulen in Baden-Württemberg:
eine Untersuchung aus politikwissenschaftlicher Sicht**



Cuvillier Verlag Göttingen

Rainer Beha

**Die „Einführung“ sowie die Themenorientierten Projekte
„Soziales Engagement“ und
„Wirtschaften, Verwalten und Recht“
im neuen Bildungsplan für Realschulen in
Baden-Württemberg: eine Untersuchung aus
politikwissenschaftlicher Sicht**

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

1. Aufl. - Göttingen : Cuvillier, 2007

978-3-86727-119-6

© CUVILLIER VERLAG, Göttingen 2007

Nonnenstieg 8, 37075 Göttingen

Telefon: 0551-54724-0

Telefax: 0551-54724-21

www.cuvillier.de

Alle Rechte vorbehalten. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, das Buch oder Teile daraus auf fotomechanischem Weg (Fotokopie, Mikrokopie) zu vervielfältigen.

1. Auflage, 2007

Gedruckt auf säurefreiem Papier

978-3-86727-119-6

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung und Eingrenzung des Themas.....	4
2.	Hauptteil.....	17
2.1	Die „Einführung in den Bildungsplan 2004“ (H. von Hentig).....	17
2.1.1	Überblicksdarstellung	17
2.1.2	Ausgewählte relevante Aspekte.....	20
2.1.2.1	Überlebensfähigkeit des Individuums und der Gesellschaft im Kontext der Globalisierung	20
2.1.2.2	Bürgerrolle und Partizipation: Identität, Loyalität und Legitimität.....	25
2.1.2.3	Politische Bildung	31
2.1.3	Zwischenfazit	36
2.2	Die Themenorientierten Projekte.....	38
2.2.1	Gesamtübersicht	38
2.2.2	Ausgewählte Aspekte des Themenorientierten Projektes „Soziales Engagement“ (SE): Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement.....	44
2.2.3	Ausgewählte Aspekte des Themenorientierten Projektes „Wirtschaften, Verwalten, Recht“ (WVR): Wirtschaft und Arbeitsteilung, Konflikt und Konsens, Recht und Rechtsstaatlichkeit	53
2.2.4	Zwischenfazit	64
2.3	Praxisbeispiele zur Umsetzung.....	66
2.3.1	Die drei SE-Projekte des Schuljahres 2004/05 an der Realschule Blumberg (Klassenstufe 7): „Waldpflege (Ökomentoren)“, „Streitschlichter“, „Begegnung Mensch“ (mit schriftlicher Schülerbefragung)	66
2.3.2	Interview mit der Beauftragten des Regierungspräsidiums Freiburg, Abteilung 7, für TOP SE.....	76
2.3.3	Die zwei WVR-Projekte der Klassenstufe 9 des Schuljahres 2004/05 an der Realschule Blumberg: „Neugestaltung des Außenbereichs einer Schule“ und „Sportspieletag“ (mit Schülerreflexionen)	78
2.3.4	Interview mit zwei WVR-Projektkräften.....	84
2.3.5	Reflexion.....	87
3.	Schluss teil: Gesamtfazit und Ausblick	98
4.	Anhang.....	104
5.	Literatur- und Quellenangaben	112

Abkürzungsverzeichnis

Außer Abkürzungen, die in der einschlägigen Literatur sowie in wissenschaftlichen Arbeiten üblich und nach DUDEN erlaubt sind, finden noch folgende Abkürzungen Verwendung:

BFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BI	Bürgerinitiative
BJR	Bundesjugendring
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BpB (Internet: bpb)	Bundeszentrale für politische Bildung
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
EWG	Erdkunde – Wirtschaftskunde – Gemeinschaftskunde
GPJE	Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung
KMK	Kultusministerkonferenz
LpB	Landeszentrale für politische Bildung
LJR	Landesjugendring
MAS	Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg
MKJS (Internet: km-bw)	Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
NGO	Nichtregierungsorganisation(en)
n. m. A.	nach meiner Ansicht
RP	Regierungspräsidium
RS	Realschule(n)
S.u.S.	Schülerinnen und Schüler
THW	Technisches Hilfswerk
ToP	Themenorientiertes Projekt
ToPe	Themenorientierte Projekte
ToP BORS	Themenorientiertes Projekt Berufsorientierung an Realschulen
ToP SE	Themenorientiertes Projekt Soziales Engagement
ToP TA	Themenorientiertes Projekt Technisches Arbeiten
ToP WVR	Themenorientiertes Projekt Wirtschaften, Verwalten und Recht

Hinweise und Anmerkungen:

Überarbeitungsschluss dieser Arbeit war der **11.09.2005**.

Die **Rechtschreibung** und die **Interpunktion** folgen den momentan in Baden-Württemberg verbindlichen Standards.

Es werden also i. d. R. Formen der neuen Rechtschreibung verwendet.

Wo noch erlaubt, z. B. in der Zusammen- und Getrennschreibung und in der Zeichensetzung, finden teilweise auch Formen der alten Rechtschreibung Verwendung.

Zitate folgen grundsätzlich der jeweiligen Originalform.

1. Einleitung und Eingrenzung des Themas

„Demokratie leben heißt sich verantwortlich fühlen und sich einmischen.“¹

So lautet das Rahmenthema zur Aufgabe 4 („Texte lesen, auswerten und schreiben“) der Deutsch-Abschlussprüfung an Realschulen in Baden-Württemberg 2006. Am 03.05.2006, dem Tag der Deutsch-Abschlussprüfung, werden also die Abschlussklassen des Schuljahres 2005/06 auf der Grundlage von drei Impulstexten² und dem selbst erstellten Kompendium aufgefordert sein, sofern die jeweilige Fachlehrkraft die Aufgabe 4 nicht streicht³, im Rahmen einer Erörterung das Themenfeld „Demokratie leben“ im Sinne von „sich verantwortlich fühlen“ und „sich einmischen“ ausführlich darzulegen.

Erst zum dritten Mal seit 1998 – und davor 1987(!)⁴ – stehen somit das Demokratieprinzip und die damit verbundenen Partizipationsmöglichkeiten auch explizit als Thema in Rahmen der zentralen Deutsch-Abschlussprüfung an RS zur Auswahl.

Diese Arbeit steht im Schnittpunkt zwischen Politikwissenschaft, Politikdidaktik und Bildungspolitik, denn das Hauptziel dieser Arbeit besteht **erstens** darin, darzulegen, dass bereits die kommenden Entlassjahrgänge 2006 bis 2007, ungleich mehr noch die zukünftigen Entlassjahrgänge ab 2008, auf das „Prinzip Demokratie“ auf der normativen Basis des neuen Bildungsplanes gut vorbereitet sein sollten und dass sie **zweitens** in der praktischen Auseinandersetzung und Erfahrung - insbesondere mit den beiden ToPe SE und WVR - im Laufe ihrer Realschulzeit verstärkt an das „Prinzip Demokratie“ in exemplarischer Weise herangeführt werden, um dazu angeregt zu werden - jedoch auch, sich dazu aufgefordert zu fühlen! - als zukünftige Bürgerinnen und Bürger im Vergleich zu früheren Jahrgängen nachhaltiger und auf verschiedenen Ebenen am „Prinzip Demokratie“ teilzuhaben und mitzuagieren. Dabei soll – anhand politikwissenschaftlich relevanter, ausgewählter Aspekte – aufgezeigt werden, dass der neue Bildungsplan dieses **bewusst intendiert** und, am Beispiel der beiden o. g. ToPe, dafür auch **geeignet ist**.

Die „**Einführung in den Bildungsplan**“ von H. von Hentig wurde ausgewählt, weil sie – auf 13 Seiten, für alle Schularten identisch – wesentliche Begründungsstränge für den neuen Bildungsplan liefert, indem sie zentrale gesellschaftliche, didaktische, methodische und lernpsychologische Leitgedanken für die Bildungsplanreform vorstellt.⁵

¹ Ausführungsbestimmungen zur Abschlussprüfung 2006 an Realschulen in Baden-Württemberg vom 02.05. 2005, AZ: 34-6614.31/261 (MKJS Baden-Württemberg, nicht veröffentlicht – nur für den Dienstgebrauch)

² Siehe Anhang, S. 105 - 108

³ Die Schulen erhalten fünf Themen zur Auswahl, eines davon streicht die Fachlehrkraft.

⁴ Siehe: Realschule 2000. Abschlussprüfungsaufgaben mit Lösungen. Deutsch Baden-Württemberg 1986 -1999, hrsg. vom Stark-Verlag, Freising 1999, 13. (erg.) Auflage

⁵ Vgl. MKJS Baden-Württemberg (Hrsg.): Bildungsplan 2004 Realschule, Ditzingen 2004, S. 7 - 19

Wie noch auszuführen sein wird, ist in ihr außerdem ein gewichtiger Anteil an politikwissenschaftlich relevanten Aspekten nachzuweisen.

Warum wurde die neue **Unterrichtskategorie ToPe** ausgewählt?

Eine lebendige Demokratie braucht Beteiligung! Dies ist n. m. A. zunehmend dann möglich, wenn schon in der Schule Betroffene vermehrt zu Beteiligten gemacht werden. Selbstorganisiertes und –verantwortetes Arbeiten in Projekten befördert demokratisches Handeln in der Schule und stellt somit eine unabdingbare Demokratie-Propädeutik für das Handeln in der Gesellschaft dar.

Als Mitentwickler von Projektkonzeptionen für die RS in Baden-Württemberg (siehe Fußnote 31, S. 10) und als Unterrichtspraktiker mit hinreichend Projekterfahrung stimme ich Herbert Gudjons völlig zu, wenn er schreibt:

„Wenn im Projektunterricht Schüler und Schülerinnen als gleichberechtigte Partner ernst genommen werden und zunehmend Selbstorganisation und Selbstverantwortung für den Verlauf unverzichtbar sind, so spiegelt sich darin die politische Wurzel des Projektgedankens unmissverständlich wider. Projektunterricht zielt damit auf demokratisches Handeln in Schule und Gesellschaft.“⁶

Die ToPe SE und WVR wurden ausgewählt, weil - wie noch darzustellen sein wird - solche politikwissenschaftlich relevanten Aspekte, z. B. Partizipation, bürgerschaftliches Engagement, Konsens und Konflikt u. a. in ihren jeweiligen Leitgedanken sowie in den Kompetenzen und Inhalten in herausgehobener Weise aufgenommen und umgesetzt werden.⁷

Nur am Rande kann auf die beiden anderen ToPe, TA und BORS, eingegangen werden (siehe Kapitel 2.2.1.).

Es soll nun im nächste Schritt dargelegt werden, was im Rahmen dieser Arbeit **ausgeblendet** wird:

Dies ist einerseits der neue Fächerverbund EWG (Erdkunde - Wirtschaftskunde – Gemeinschaftskunde) und andererseits das Fach Geschichte, das selbstverständlich auch vielerlei Bezüge zu und Schnittmengen mit politikwissenschaftlich relevanten Bereichen, Themen und Fragestellungen hat.

Des Weiteren bleiben auch die anderen Schularten hier ausgeschlossen.

Die Sichtung des vorliegenden Materials zum Thema „Jugend und Politik“ ergibt ein zwiespältiges Gesamtbild:

Im Rahmen dieser Arbeit kann das Material leider nicht grundsätzlich dargelegt und diskutiert werden. Ich beziehe es jedoch immer an den entsprechenden Stellen des inhaltslogischen Zusammenhanges mit ein.

Nachfolgend fasse ich im Sinne einer **Basis-Ausgangslage** einige unbestrittene Fakten und Tendenzen, welche für das oben beschriebene Hauptziel dieser Arbeit als gesellschaftlicher Ist-Zustand grundlegend sind, zusammen:

⁶ Herbert Gudjons: Handlungsorientiert Lehren und Lernen, Bad Heilbrunn 1997 (5. Auflage), S. 69

⁷ Vgl. MKJS Baden-Württemberg (Hrsg.): Bildungsplan 2004 Realschule, a.a.O. S. 180 f. und 188 ff.

a)

Das **politische Interesse Jugendlicher nimmt kontinuierlich ab.**

Die 14. Shell-Jugendstudie konstatiert bei den 15- bis 24-Jährigen nur noch 34 %, die sich als politisch interessiert bezeichnen (im Vergleich dazu:

1999: 43 %, 1996: 47 %, 1991: 57 %) ⁸

Dieses mangelnde politische Interesse drückt sich wiederum in der geringen Wahlbeteiligung von Erstwählerinnen und –wählern ⁹ aus:

„Nach der *Repräsentativen Wahlstatistik*, welche bei der Bundestagswahl 2002 erstmals seit 1990 wieder durchgeführt wurde, wählten weniger Jugendliche, als ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprochen hätte; d.h. die Wahlbeteiligung der 18- bis unter 21-Jährigen lag bei 70,2 %; insgesamt lag sie bei 79,6 Prozent.“ ¹⁰

Beispielhaft sei hier als weiterer Beleg auch noch das entsprechende Verhältnis aus der Landtagswahl 2001 in Baden-Württemberg referiert:

Die Wahlbeteiligung betrug insgesamt 59,7 %, die Wahlbeteiligung der 18- bis 24-Jährigen betrug hingegen nur 43,1 %. ¹¹

b)

Gleichzeitig ist festzuhalten, dass **Bereitschaft zu einem Engagement im Sinne gesellschaftlicher Aktivitäten** durchaus hinreichend vorhanden ist:

52 % der 12- bis 25-Jährigen war in einem Verein aktiv, 25 % in einer Jugendgruppe oder –organisation, 19 % in der Kirchengemeinde oder einer kirchlichen Gruppe. ¹²

Die Zahlen für die im gebräuchlichen Sinne als „politisch“ Agierende zu kennzeichnenden jungen Menschen zeigen m. E. hingegen eher Beunruhigendes:

Nur 5 % der o. g. Altersgruppe war bei Greenpeace, Amnesty International oder vergleichbaren Organisationen engagiert, nur 4 % in einer BI oder einem Bürgerverein tätig, gar nur 3 % Gewerkschafts- oder Parteimitglied. ¹³

38 % aller Realschüler waren in mindestens einem Bereich gesellschaftlich aktiv, davon 13 % in drei und mehr Bereichen. Allerdings bedeutet dies im Umkehrschluss, dass 62 % gesellschaftlich überhaupt nicht aktiv waren. ¹⁴

Diese Feststellung führt zu meiner nächsten Aussage:

⁸ Vgl. Jugend 2002. 14. Shell-Jugendstudie, Frankfurt am Main 2004 (5. Auflage), S. 92

⁹ Zukünftig verwende ich – der Lesefreundlichkeit wegen – nur noch jeweils e i n e Form. Die jeweils ausgelassene Form soll dann als in der genannten Form eingeschlossen verstanden werden.

¹⁰ Vgl. Lothar Scholz: Beteiligung von Jugendlichen in der Demokratie, in: Jugendbeteiligung in der Demokratie, Themenblätter im Unterricht, Nr. 38, April 2004, hrsg. von der BpB, S. 1

¹¹ Vgl. Jugend 2002. 14. Shell-Jugendstudie, a.a.O. S. 107

¹² Vgl. Jugend 2002. 14. Shell-Jugendstudie, a.a.O. S. 203

¹³ Vgl. ebd.

¹⁴ Vgl. Jugend 2002. 14. Shell-Jugendstudie, a.a.O. S. 209

c)

Sofern es um **konkrete Probleme aus dem direkten Lebensumfeld oder Ausübung eines Hobbys** (Vereine!) geht, sind Jugendliche sehr bereit, sich zu engagieren, allerdings am liebsten mit der Option, auch kurzfristig aus diesem Engagement aussteigen zu können. Längerfristige Bindungen, vornehmlich an institutionalisierte oder hierarchisch strukturierte Politik-Akteure, z. B. Parteien, stoßen auf Distanz, Skepsis und wenig Vertrauen.¹⁵ Auf diese Art und Weise äußert sich die **Politik- und Parteienverdrossenheit**.¹⁶

d)

Mit der **Demokratie** sind 51 % der 12- bis 25-Jährigen „eher zufrieden“, 7 % sind „sehr zufrieden“. Zusammengefasst sind das also 58 %. Der Rest ist „eher unzufrieden“ oder „sehr unzufrieden“.¹⁷ Dieses Ergebnis muss nachdenklich stimmen! Auch wenn die Autoren der Shell-Studie davor warnen, „Politikverdrossenheit“ mit „Demokratieverdrossenheit“ gleichzusetzen und darauf hinweisen, dass „Unzufriedenheit mit der Demokratie“ umso wahrscheinlicher ist, je weniger Bildungs- und Ausbildungschancen ein Jugendlicher hat¹⁸, so ist m. E. die Tatsache, dass weniger als zwei Drittel der 12- bis 25-Jährigen offensichtlich eine positive Bindung und Loyalität zu unserer Staatsform und Verfassung haben, eher ein alarmierendes Signal.

Als „**Gegenprogramm**“ zu den o. g. Tatsachen und Erkenntnissen sind, z. T. seit geraumer Zeit, verschiedenste Formen, Aktionen und Projekte gesucht, angestoßen und auf den Weg gebracht worden.

Da eine umfassende oder gar abschließende Gesamtübersicht im Rahmen dieser Arbeit gar nicht möglich ist, folgt nun eine exemplarische Übersicht.¹⁹

a)

Jugendvertretungen jedweder Art (z. B.: Jugendgemeinderäte)

b)

Beteiligung von Jugendverbänden (z. B. LJR oder BJR) auf den entsprechenden politischen Systemebenen

c)

¹⁵ Vgl. Mathias Albert, Ruth Linssen, Klaus Hurrelmann: Jugend und Politik. Politisches Interesse und Engagement Jugendlicher im Lichte der 14. Shell Jugendstudie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 15/2003, hrsg. von der BpB, S. 3

¹⁶ Auch wenn Albert, Linssen und Hurrelmann hier von *PolitikerInnen-* und *Parteienverdrossenheit* sprechen (vgl. ebd.), ist m. E. der gebräuchliche Begriff schon rein sachlogisch nach wie vor angebracht. Politiker vertreten Politik und vermitteln für den jugendlichen Betrachter sein jeweiliges Bild von Politik. In der Wahrnehmung durch Jugendliche besteht hier oft eine – natürlich unreflektierte - direkte Gleichsetzung. Meine eigene langjährige Praxis als Gemeinschaftskundelehrer bestätigt dies.

¹⁷ Vgl. Jugend 2002. 14. Shell-Jugendstudie, a.a.O. S. 101. Die Differenzierung in „Demokratie-Zufriedenheit Ost“ und „Demokratie-Zufriedenheit West“ muss hier vernachlässigt werden.

¹⁸ Vgl. Jugend 2002. 14. Shell-Jugendstudie, a.a.O. S. 103

¹⁹ Einteilung „a“ bis „e“ nach: Lothar Scholz, a.a.O. S. 3 f.

freie **Anhörungsformen**, z. B. auf kommunaler Ebene

d)

Beauftragten-Modelle (Erwachsene treten ehrenamtlich für die Interessen von Jugendlichen ein)

e)

projektbezogene Beteiligungsformen

Zu e) möchte ich im Nachfolgenden **einige Beispiele** aufführen.

Hier sei zunächst das Projekt „mitWirkung!“ der Bertelsmann-Stiftung genannt, welches das Hauptziel hat, die Kinder- und Jugendbeteiligung in Kommunen deutlich zu erhöhen.²⁰

In ähnliche Richtung, allerdings nicht hauptsächlich auf die kommunale Ebene bezogen, arbeitet das „Projekt P – misch dich ein“ (gemeinsames Projekt von BFSFJ, BJR und BpB). Hauptziel ist es, das Interesse von Kindern und Jugendlichen an politischen Themen zu wecken und diese zur Beteiligung an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen anzuregen.²¹

Weiterhin genannt werden soll das Projekt „Education for Democratic Citizenship“ (EDC) des Europarates (seit 1997), an dessen Umsetzung auch das MKJS beteiligt ist. Das Ministerkomitee des Europarates hat außerdem das Jahr 2005 als „Europäisches Jahr der Demokratieerziehung“ ausgerufen, dessen Ziel es ist, „Kinder, Jugendliche und Erwachsene zur Teilnahme am demokratischen Leben zu ermutigen und sie dafür zu begeistern.“²²

Genau dasselbe Ziel - bezogen auf Kinder und Jugendliche - weist das Projekt „Demokratie lernen und leben“ der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (unter Mitwirkung des BMBF) aus.²³ Die Aufzählung ließe sich noch lange fortführen, insbesondere, wenn man den Fokus nicht auf „Jugend / Jugendliche“ richtet. Beispielhaft nenne ich hier: das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, die BpB, die LpB, die Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages (bis 2002) und den Bundestagsunterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“.

²⁰ Vgl. www.mitwirkung.net (Seite aufgerufen am 22.05.2005)

²¹ Vgl. www.bpb.de/veranstaltungen/W3GS1Q.html (Seite aufgerufen am 23.05.2005)

²² Demokratie lernen und leben. Das europäische Jahr der Demokratieerziehung 2005. www.km-bw.de/servlet/PB/-s S.1 (Seite aufgerufen am 24.05.2005)

²³ www.blk-demokratie.de (Seite aufgerufen am 23.05.2005)